

Deutsche ReGas - Am Hafen 10 - 17509 Lubmin

Per E-Mail: LNG-Festlegung@bnetza.de

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschlusskammer 7
Postfach 80 01
53105 Bonn

Lubmin, den 26. Juli 2022

**Stellungnahme Deutsche ReGas
Festlegungsverfahren zur Ausgestaltung des Zugangs zu LNG-Anlagen (BK7-22-060)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Konsultationsverfahren zum Festlegungsentwurf zur Ausgestaltung des Zugangs zu LNG-Anlagen (BK7-22-060) (*Festlegungsentwurf*).

Die Deutsche ReGas GmbH & Co. KGaA (**Deutsche ReGas**) ist eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) mit Sitz in Lubmin. Die Tätigkeiten von Deutsche ReGas umfassen vor allem die Planung, Projektierung, Errichtung, Unterhaltung sowie den Betrieb von Regasifizierungsanlagen für Flüssigerdgas (*Liquid Natural Gas, LNG*), für flüssigen Wasserstoff bzw. für Produkte auf der Basis von Wasserstoff in Deutschland.

Deutsche ReGas plant, die LNG-Infrastruktur „Deutsche Ostsee“ in Lubmin zu errichten und zu betreiben. Das LNG-Terminal „Deutsche Ostsee“ wird im Wesentlichen aus zwei Spezialschiffen zur Speicherung und Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas (*Floating Storage and Regasification Unit, FSRU*) einschließlich der zur Einspeisung in das deutsche Fernleitungsnetz benötigten Onshore- und Offshore-Infrastruktur bestehen. Das Projekt wird die Diversifizierung der Gasversorgung sowie die Versorgungssicherheit in Deutschland erhöhen.

Vor diesem Hintergrund begrüßt Deutsche ReGas die Möglichkeit, sich an der Konsultation des Festlegungsentwurfs zu beteiligen. Insbesondere die nachfolgenden Regelungen des Festlegungsentwurfs sind aus Sicht der Deutschen ReGas hierbei anzusprechen:



1. Zu Ziffer 2) a. (1) (d) und (e)

Eine Mindestbuchungsdauer von höchstens 10 Jahren für langfristig Buchende (Ziffer 2) a. (1) (d)) dürfte im Vergleich zu anderen europäischen LNG-Terminals kurz bemessen sein. So müssen nach unserer Kenntnis beispielsweise langfristig Buchende am LNG-Terminal *Grain* (Vereinigtes Königreich) Kapazitäten für einen Zeitraum von mindestens 15 bis 25 Jahren verbindlich zeichnen. Es entspricht regelmäßig den Erwartungen der Investoren bzw. finanzierenden Banken, dass die langfristigen Kapazitäten entsprechend der üblichen Abschreibungsdauer eines LNG-Terminals von 20 Jahren kontrahiert werden. Wir schlagen daher vor, die Mindestbuchungsdauer auf mindestens 15 Jahre zu verlängern.

Vor dem Hintergrund der Finanzierungsanforderungen ist ebenso die prozentuale Beschränkung der Höchstbuchungsdauer (Ziffer 2) a. (1) (e)) zu hinterfragen. Dies gilt insbesondere bei einer Zusammenschau der Vergabebeschränkungen in Ziffer 2) a. (1) (d) einerseits und in Ziffer 2) a. (1) (e) andererseits. Aber auch isoliert betrachtet erscheint die Beschränkung in Ziffer 2) a. (1) (e) nicht erforderlich. Der damit verfolgte Zweck, Abschottungseffekten entgegen zu wirken und den Zugang für Dritte zu gewährleisten (Erwägungen zum Festlegungsentwurf, S. 11), kann bereits hinreichend durch andere Mechanismen des Festlegungsentwurfs erreicht werden, vor allem durch die Reservierungsquote und das UIOLI-Verfahren.

2. Zu Ziffer 2) a. (2) (b)

Es ist aus unserer Sicht nicht erforderlich, Überzeichnungen über eine ratierte Zuweisung der zu vergebenden Kapazitäten aufzulösen. Die Überzeichnung von Kapazitäten könnten besser dadurch adressiert werden, dass den verbindlichen Angeboten mit längeren Laufzeiten Vorrang eingeräumt und dann zwischen den Angeboten mit gleicher Laufzeit anteilig die nachgefragte Kapazität zugewiesen wird.

Insgesamt sollte der Grundsatz gelten, dass eine anteilige Zuweisung der Kapazitäten nur bei wirtschaftlich gleichwertigen Geboten erfolgt. Auch darüber hinaus gehende Mechanismen wie Auktionen oder das Prinzip First-Come-First-Serve wären nach unserem Dafürhalten sinnvoll (vgl. Erwägungen zum Festlegungsentwurf, S. 11).

3. Zu Ziffer 2) b. (3) und (4)

Die Vorschriften, welche die Vergabe der Reservierungsquote von 10% der Gesamtkapazität für die kurzfristige Zuweisung von Kapazitäten regeln, erscheinen uns zu präskriptiv und kleinteilig. Die Reservierungsquote allein dürfte ausreichen, um Zugang für neue Marktteilnehmer zu ermöglichen und Abschottungseffekte zu vermeiden.



4. Zu Ziffer 2) d. (1) und (3)

Eine Anwendung des UIOLI-Verfahrens bereits 20 Tage vor Ende des Entlade-Slots erscheint zu früh. Eine kürzere Frist dürfte für Kapazitätskunden attraktiver sein und würde dem LNG-Terminalbetreiber mehr Flexibilität ermöglichen.

Insbesondere erscheinen lediglich drei Tage für die Zuweisung des ungenutzten Slots durch den LNG-Terminal Betreiber zu kurz. Ein solch beschränkter Zeitraum ist in anderen europäischen Terminals nicht üblich. Darüber hinaus ist unklar, warum nicht zugewiesene Kapazitäten überhaupt an den Kapazitätsinhaber zurückgegeben werden sollen, der bereits signalisiert hat, dass er diese nicht nutzen kann oder möchte (sog. Rück-Rückgabe). Wir schlagen daher vor, die Frist in Ziffer 2) d. (1) zu verkürzen und die Regelung in Ziffer 2) d. (3) zu streichen.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie unsere vorstehenden Erwägungen bei der weiteren Ausgestaltung der Festlegung berücksichtigen. Für Rückfragen stehen wir auch kurzfristig gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

